

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.57 Uhr
Ende: 14.00 Uhr

1) Oberflächengestaltung des Karmeliterplatzes

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Mit großer Verwunderung habe ich in der Kronen Zeitung vom 17. 9. dieses Jahres gelesen, dass der Stadt Graz vorgeworfen wird, um 900.000,- Euro, das sind etwa 12 Millionen Schilling, wenn man sich das vorstellt, zuviel für die Gestaltung des Karmeliterplatzes bezahlt zu haben.

In der Sitzung des Vergabeausschusses vom 15. 7. 2004, der ich als stellvertretender Vorsitzender beigewohnt habe, wurde das Stück mehrheitlich von allen anderen Mitgliedern gegen die Stimmen der SPÖ angenommen.

Ich habe mich damals sehr darüber gefreut, dass nicht die in einem Architekturwettbewerb prämierte sechs Millionen teure Ausführung zum Tragen kam, sondern eine stark abgespeckte Variante, die nur 1,4 Millionen Euro kosten sollte, die den finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt angemessen war und dennoch eine ansprechende Lösung ergab.

Ich frage dich daher, wie es zu einem derart massiven Vorwurf kommen kann und ersuche um Aufklärung des Sachverhaltes.

Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Herr Bürgermeister, lieber Gunter, aus meiner Sicht war das nichts anders als der Versuch der Inszenierung eines Skandals, der jämmerlich gescheitert ist. Es war der Versuch der Skandalisierung einer Platzgestaltung, anstatt ein vielleicht vorhandenes Informationsbedürfnis auf normalem Wege zu stillen, denn schließlich blieben von den ganzen Verdächtigungen ohne Wahrheitsgehalt nichts mehr übrig als, wie gesagt, eine aufgeblasene Sache. Es geht aus meiner Sicht auch gar nicht mehr darum, einen Verdacht zu prüfen oder gar zu verifizieren, es geht

eigentlich nur um den behaupteten Skandal als Event, so weit so traurig aus meiner Sicht. Ich werde Sie möglichst kurz mit der Aufklärung der Platzgestaltung Karmeliterplatz belästigen, kurz deshalb, weil ja selbstverständlich, du hast es auch erwähnt, alle Beschlüsse und Vergaben im Zusammenhang mit dieser erfolgreichen Platzgestaltung ordnungsgemäß durchgeführt wurden und in den entsprechenden Gremien des Hauses gefasst wurden. Nun gut, ein steirisches Kleinformat hat, genährt durch einen anonymen Informanten, behauptet, die mit insgesamt 1,4 Millionen Euro entsprechend der Gemeinderats- und Vergabungsausschussbeschlüsse abgewickelte Platzgestaltung sei um insgesamt 900.000,- Euro überzahlt worden. Diese Behauptung dieses anonymen Informanten ist eine glatte Lüge. Lassen Sie mich dazu einfach ganz kurz auch erwähnen, was sich nach den ersten Berichten des Rechnungshofes abzuzeichnen scheint.

GR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPÖ weist darauf hin, dass sie statutenkonform den Stadtrechnungshof in einem Schreiben vom 19. September um Prüfung der Angelegenheit Karmeliterplatz ersucht hat und die SPÖ verlangt, dass dieses Prüfverfahren auch...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Wegen eines anonymen....

GR. **Herper**: Maxie, das gilt auch für alle Mitglieder des Gemeinderates, auch für dich, dass dieses Prüfverfahren statutenkonform abgewickelt wird, dazu ist in aller erster Form und in erster Linie der Kontrollausschuss zu befassen, egal ob es sich um einen Zwischenbericht oder um einen Bericht oder um erste Detailergebnisse, die jetzt der Herr Stadtrat Gerhard Rüscher vorzutragen gedenkt, handelt. Wir sind grundsätzlich erstaunt, dass laut einem Aktenvermerk zuerst im Bürgermeisteramt unter Teilnahme unter anderem des Büroleiters des Bürgermeisteramtes, des

Pressesprechers des Bürgermeisters, der zugleich ÖVP-Gemeinderat ist, eines Mitarbeiters der Baudirektion, eines Mitarbeiters des für die Baudirektion zuständigen Stadtsenatsreferenten und eines Journalisten erfolgt ist. Erst über unsere direkte Intervention kam es heute zu einem Informationsaustausch für die Mitglieder des Kontrollausschusses.

Zwischenruf GR. Schönegger: Geschäftsordnung.

GR. **Herper:** Dieser Kontrollausschuss hat weder einen Beschluss gefasst noch wurde darüber überhaupt ein Informationsaustausch gepflogen. Ich bitte den zuständigen Stadtsenatsreferenten, nicht Detailergebnisse aus einem Prüfbericht, der erst im Kontrollausschuss in seiner Gesamtheit zugänglich gemacht wird, heute schon bekannt zu geben (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Die Frage, Herr Klubobmann, was das mit der Geschäftsordnung zu tun hat, hätte ich ganz gerne geklärt. Wenn du darauf hinweisen möchtest, dass auf Grund dieser unglaublichen Anwürfe ich als Bürgermeister unabhängig von dem der SPÖ beantragten dringlich gewünschten Prüfungsprozess ebenfalls sofort darum ersucht habe, hier aufzuklären, weil es handelt sich immerhin um die Anwürfe, dass sehr verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Amtes hier bei einer Gesamtsumme von 1,3 Millionen angeblich 900.000,- Euro unterschlagen haben sollen dringend in der Öffentlichkeit Aufklärung zu erfolgen hat (*Applaus ÖVP*) und ich denke, dass es nicht nur Klubmitglieder aller Fraktionen, sondern auch die Öffentlichkeit interessieren wird und warum ich den Journalisten gebeten habe, zu uns zu kommen und in einer Sitzung, und das halte ich gerne fest, bei mir im Büro den Journalisten befragt habe, wer denn das ist und wo das herkommt und ob er uns aufklären kann und uns helfen kann, uns zu sagen, wie man zu solchen abstrusen Vorwürfen kommt, hat er versucht, uns das mitzuteilen, er hat eben gesagt, er hat

einen Informanten, den er nicht preisgeben möchte, er hat hier eine Überlegung, das war eine handschriftliche Skizze von ihm, die haben wir aber, das sage ich jetzt gleich, glaube ich, eindeutig auch widerlegen können, dass das auch nur annähernd richtig sein kann und deswegen glaube ich, ist es gut, wenn der Kollege Rüschi, das was auch ordnungsgemäß auch auf deinen Wunsch hin heute vorweg im Kontrollausschuss passiert ist, jetzt kurz der Kollege Rüschi berichten darf (*Applaus ÖVP*).

Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich möchte weiterfahren mit, eigentlich mit derselben Bemerkung, die ich gerade im Ausschuss gemacht habe. Ich frage mich, weshalb die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der SPÖ als erstes hier offiziell zu der ganzen Geschichte Stellung nehmen, indem sie verhindern wollen, dass jedenfalls die vorläufigen Ergebnisse des Rechnungshofes publik werden, bei all der gesamten Problematik (*Applaus ÖVP*). Ich habe kein Problem, ich muss nicht vom Rechnungshof zitieren, sondern wir haben selbstverständlich unsere eigenen Analysen gemacht, die darf ich hier vortragen und ich kann Ihnen nur sagen, dass, so wie es scheint, diese mit dem Rechnungshof voll übereinstimmen. Und zwar wurden hier Behauptungen aufgestellt, 900.000,- sind zuviel bezahlt, 500.000,- würden ausreichen. Ein Vergleich mit dieser Kostenaufstellung von den 500.000,- zeigt im Wesentlichen ein ganz klares Ergebnis. Die Zahlen werden durchaus vergleichbar unter folgenden drei Bedingungen: Erstens haben diejenigen, die diese Kostenaufstellung über 500.000,- gemacht haben, wer immer das war, wichtige Positionen vergessen. Die gesamte Grünraumgestaltung, Wasserbeckenbeleuchtung, zweitens haben sie vergessen, die Mehrwertsteuer anzusetzen und drittens sind sie einfach davon ausgegangen, dass es einen 30- bis 40-%igen Nachlass gibt bei der Baufirma. Unter diesen Aspekten eine Kostenaufstellung als solche zu bezeichnen, ist aus meiner Sicht mehr als fahrlässig (*Applaus ÖVP*). Ich darf Ihnen das zeigen, das ist das Kasblattli, liebe Leute, zu deutsch Käseblättchen, auf Grund dessen dieser gesamte so genannte Skandal in der Öffentlichkeit entstanden ist. Damit will ich es aber auch schon schließen, ich möchte nur gerne einige grundsätzliche Bemerkungen anfügen, die mir sehr wichtig sind. Sachlich ist die Geschichte, glaube ich, erledigt, ich möchte mich erstens ganz

besonders bedanken beim Rechnungshofteam für diese rasche Prüfung (*Applaus ÖVP*). Ich denke mir, dass in diesem Fall dieses rasche Prüfungsergebnis viel wichtiger ist als die Frage, ob der Bericht eine Stunde früher oder später zu den einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten kommen hätte können (*Applaus ÖVP*). Ich möchte an dieser Stelle auch durchaus im Sinne des Rechnungshofes sagen, dass der Rechnungshof in andern Fragen, an denen ein SPÖ-Regierungsmitglied besonders Interesse hatte, ebenfalls ganz, ganz rasch gehandelt wird und ich halte diese Vorgangsweise für richtig, sie ist weit bedeutender als wie mit Hinweis auf protokollarische Usancen drei Monate zu warten. Das Zweite, was ich gerne sagen möchte, es ist ja letztlich jemand mit einer vermeintlichen Skandalgeschichte über den Karmeliterplatz herumgerannt, bis er endlich einen Journalisten gefunden hat, der ihm das gedruckt hat. Wie wir inzwischen wissen, gibt es dieses Käseblättchen schon seit mehreren Monaten, es wurde bisher nur kein Journalist gefunden, weil die meisten gesagt haben, diese Suppe ist zu dünn. Nun wurde endlich ein Journalist gefunden offensichtlich, der aber auch durch einen raschen Rückruf sowohl in der Baudirektion oder bei uns im Büro sich schnell informieren hätte können. Ich möchte gerne auch noch hier erwähnen, dass sich mit diesen abstrusen Mauseheien letztlich die Magistratsbeamten und die Magistratsdienststellen mit deren Prüfung herumschlagen mussten, obwohl das relativ schnell aufgeklärt hätte werden können. Der Schaden, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist aber schon entstanden. Ein bisschen wird schon was hängen bleiben, wäre ja sonst nicht in der Zeitung gestanden, werden sich die meisten Bürgerinnen und Bürger denken. Der Schaden trifft aber nicht nur mich als politischen Verantwortlichen, sondern der Schaden trifft natürlich alle am Projekt beteiligten Magistratsbeamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und letztlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, trifft der Schaden uns alle. Das ist meiner Meinung nach der eigentliche Skandal an der ganzen Geschichte, dass hier etwas in die Luft gesetzt wird und sich die Leute draußen letztlich denken werden, ja die da oben, Beamte, Politiker gleich welcher Parteien, haben es wieder einmal geschafft, irgendeine korruptionsartige Sache zuwege zu bringen. Ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn der anonyme Informant, auf den sich das berichtende Medium beruft, die Größe hätte, sich zu outen und zwar einfach, um seinen Fehler einzugestehen (*Applaus ÖVP*). Ich möchte schließen mit dem Hinweis, dass die Platzgestaltung am Karmeliterplatz ein besonders gelungenes Projekt ist und das auch von sehr vielen

Bürgerinnen und Bürgern bestens angenommen wird. Es wird dem anonymen Informanten jedenfalls nicht gelingen, dieses gute Projekt madig zu machen, auch wenn er sich noch so bemüht. Ich hoffe jedenfalls und ich denke auch, dass es Zeit ist, dass in der Zeitung, in der diese Berichte erstattet worden sind, auch eine entsprechende Klarstellung erfolgt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

2) LeiterInnenposten in Kindergärten

GRin. **Meißlitzer** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie wir alle wissen, oder überhaupt zur Erinnerung: Es hat am 12. September ein neues Kindergarten- und Schuljahr begonnen und es war bisher so üblich, dass damit auch jede Pädagogin, jeder Pädagoge oder jede Kinderbetreuerin und jeder Kinderbetreuer, die Eltern und auch die Kinder gewusst haben, wer in ihrer oder in seiner Kinderbetreuungseinrichtung für das Jahr verantwortlich ist.

Ganz wichtig ist es aber auch für Leiterinnen und Leiter zu wissen, ob Bestellungen nach kürzerem oder längerem Provisorium endlich fix werden.

Die Kindergärten

- Schererstraße
- Schloßbergstraße
- Schönaugasse

sind seit längerem provisorisch besetzt, die Leitungen, und es gab für diese Leitungen bis heute keine Ausschreibung, um sie fix besetzen zu können.

Es ist hier großer Handlungsbedarf gegeben, denn auch im Bericht zur Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2004, den wir heute ja auf der Tagesordnung haben, stellt der Rechnungshof fest, dass der Dienstpostenplan noch immer nicht jährlich evaluiert wird und zur Beschlussfassung für das Budget dieser Vorgang unabdingbar dazugehören muss.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als den zuständigen Personalreferenten die

F r a g e ,

ob Sie bereit sind, diese LeiterInnenposten sofort zur Ausschreibung zu bringen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geschätzte Frau Gemeinderätin, zu Ihrer Anfrage, ob ich bereit bin, die derzeit nicht besetzten LeiterInnenposten in den Kindergärten Schererstraße, Schloßberg und Schönaugasse zur Ausschreibung zu bringen, möchte ich Folgendes mitteilen. Seitens des Amtes für Jugend und Familie wurde die Nachbesetzung der vakanten LeiterInnenpositionen in den drei genannten Kinderbetreuungseinrichtungen im Herbst vergangenen Jahres beziehungsweise Anfang des Jahres 2005 beantragt. Entsprechend den Bestimmungen der städtischen Objektivierungsrichtlinien ist die Besetzung einschlägiger Positionen magistratsintern auszuschreiben, vom Personalamt wurde im Frühjahr dieses Jahres der Entwurf einer magistratsinternen Stellenausschreibung betreffend 16 freie Dienstposten erstellt, davon umfasst waren auch die drei in Rede stehenden LeiterInnenposten in Kindergärten. Angesichts der bekannten Budgetproblematik habe ich die Entscheidung getroffen, die magistratsinterne Besetzung freier Dienstposten nach Maßgabe der Objektivierungsrichtlinien bis zum positiven Abschluss des Prozesses der Eckwertbudgetierung für das Jahr 2006 auszusetzen. Dementsprechend wurde die Kundmachung der gegenständlichen Stellenausschreibung auf den Herbst dieses Jahres verschoben. Die Notwendigkeit aber der Besetzung der freien LeiterInnenposten in den drei von Ihnen genannten Einrichtungen steht für mich außer Streit, die entsprechenden Ausschreibungen

werden im Gesamtpaket mit anderen anstehenden Stellenbesetzungen in den nächsten Wochen erfolgen. Ich hoffe, damit gedient zu haben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Herr Bürgermeister, ich bin der Meinung, dass das mit dem Eckwertbudget überhaupt nichts zu tun hat, denn ich glaube, Sie wissen, dass es bei den Kinderbetreuungseinrichtungen ein Landesgesetz gibt, das ja den Rahmen vorschreibt, daher hat das mit dem Budget der Stadt Graz im weitesten Sinne nicht wirklich den Zusammenhang, den Sie jetzt erfassen oder hineininterpretieren möchten. Ich frage Sie, wann haben Sie vor, diese Stellen auszuschreiben?

Bgm. Mag. **Nagl**: In den nächsten Wochen, Frau Gemeinderätin, ich betone es jetzt vielleicht auch noch einmal, weil Sie den Zusammenhang heute hergestellt haben, wie schaut es denn wirklich aus mit dem Dienstpostenplan der Stadt Graz und wie haben wir denn zu evaluieren? Wir haben ihn dringend zu evaluieren, wir werden das auch wieder in gewohnter Weise in Zusammenarbeit mit unserer Personalvertretung tun, wir haben auch das Projekt Fair noch abzuschließen beziehungsweise voranzutreiben und ich kann Ihnen mitteilen, dass wir im Moment von unserem Dienstpostenplan der Stadt Graz, von 100 % haben wir in etwa nur 90 % im Moment besetzt, was die Stellen anbelangt. Damit brauchen wir allerdings fast 100 % des mir zur Verfügung stehenden Kapitals, sprich Geldes auf. Das heißt, würde ich den Dienstpostenplan, und das ist für einen Personalreferenten nichts Schöneres als zu sagen, ich fülle den einfach aus, müsste ich de facto 10 % unseres Personalbudgets überziehen und Sie wissen auf Grund der Darstellungen der letzten Jahre, wie es uns budgetär geht und das eine der größten Positionen, leider Gottes, neben den Pensionen auch die Löhne und Gehälter sind, deswegen haben wir uns für eine sehr knappe und restriktive Bewirtschaftung entschlossen, das macht uns allen allesamt nicht Spaß und nicht Freude, weil ja die Aufgaben auch nicht gerade zurückgegangen sind, aber ich nehme an, und deswegen gibt es auch den Zusammenhang mit der Eckwertbudgetierung, wenn die eine oder andere Aufgabe wegfallen kann, können wir gemeinsam ausschreiben und das will ich in den

nächsten Wochen tun, sprich ich stelle mir vor, dass wir diese ganze Angelegenheit auch spätestens im November erledigt haben (*Applaus ÖVP*).

3) Zukunft des Büros für Frieden und Entwicklung

GRin. **Kahr** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Grazer Büro für Frieden und Entwicklung hat seit seiner Gründung 1988 wertvolle Arbeit geleistet und mitgeholfen, dass es in Graz mehr Bewusstsein für die Gefährdung von Frieden und Sicherheit gibt und den Integrationsgedanken in unserer Stadt zu fördern.

Die Zukunft dieses Büros, das als unabhängiger Verein organisiert ist, scheint laut Medienberichten in Frage gestellt zu sein.

Kommunale Friedensarbeit ist in Zeiten von weltweiter Hochrüstung, von Planspielen mit dem atomaren Erstschatz und von Gefahren für die Neutralität unseres Landes besonders wichtig. Jetzt brauchen wir, gerade jetzt, basisnahe Aktivitäten in diese Richtung. Vor allem die Kolleginnen im Friedensbüro leisten auch gute und konkrete Arbeit für die Integration zahlreicher Menschen in unserer Stadt.

Unserer Meinung nach muss die unabhängige Arbeit des Büros für Frieden und Entwicklung weiterhin durch die Stadt Graz sichergestellt werden. An das Land Steiermark ergeht der Aufruf, mit materieller Unterstützung für diese wichtige Institution einzuspringen.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen sind für die Sicherung des Grazer Büros für Frieden und Entwicklung vorgesehen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Klubobfrau, liebe Elke! Das Grazer Büro für Frieden und Entwicklung und die dort tätigen Personen haben seit der Gründung des Vereines und der Einrichtung eines ständigen Büros Ende der 80er Jahre in Graz unzweifelhaft wertvollste Arbeit geleistet. Tatsache ist jedoch auch, dass das Tätigkeitsprofil des Friedensbüros in den letzten Jahren etwas undifferenziert geworden ist und es beträchtliche Überschneidungen mit der Arbeit anderer Einrichtungen gibt. Tatsache ist wohl auch, dass der Einsparungskurs, den sich die Stadt Graz selbst verordnet hat, von allen Beteiligten und von allen politisch Verantwortlichen ernst genommen werden muss und es darf daher kein Tabu sein, über Neustrukturierungen von Bereichen zu diskutieren, wenn man es vielleicht auch schafft, eine annähernd gleiche Qualität mit gesenkten Kosten zu erreichen. Ich bin in den letzten Wochen zur Überzeugung gekommen, dass ich dem Grazer Gemeinderat und der Stadt Graz ein Modell vorschlagen sollte, das es noch gilt zu diskutieren, das es ermöglichen soll, all jene Bereiche im angesprochenen Umfeld die tatsächlich im Interesse der Gemeinde liegen, zu identifizieren und auch weiterhin zu unterstützen. Im Wesentlichen baut dieses Drei-Säulen-Modell auf die erste Säule Integration auf, hier gibt es klare Berührungspunkte zu den Gemeindeaufgaben und den Gemeindeinteressen. Die Schaffung eines Integrationsreferates war Bestandteil des Arbeitsübereinkommens zwischen ÖVP und SPÖ im Jahr 2003 und wird jetzt nach gründlicher Vorbereitung und entsprechenden politischen Diskussionen in Kürze in Betrieb genommen werden, das Auswahlverfahren für die personelle Besetzung ist nunmehr ebenfalls abgeschlossen, eine Mitarbeiterin der Stadt Graz, die ich auch schon genannte habe, Frau Köksal, ist jedoch auch im Sozialamt im Moment noch nicht abkömmlich, deswegen müssen wir auch hier schnell wieder Vorsorge treffen. Die zweite Säule, von der ich spreche, betrifft den interreligiösen Dialog, hier habe ich eine Aufgabe von meinem Vorgänger übernommen, die es wirklich gilt weiterzuführen, sowohl präventiv als auch für den Ernstfall, dass wir ein beratendes Gremium an unserer Seite haben. Der interreligiöse Dialog hat in Graz eine lange Tradition. Durch die Einrichtung eines interreligiösen Forums nach dem

Vorbild zahlreicher europäischer Städte wird es auch in Graz eine definierte Schnittstelle zwischen denen geben, die den interreligiösen Dialog führen, das heißt, den anerkannten Religionsgemeinschaften und jenen, die in der Stadt die Verantwortung für die allfällige Umsetzung von Projekten haben, die von interreligiöser Bedeutung sind, sprich Stadtpolitik und die Verwaltung. Und die dritte Säule, die ich Ihnen vorschlagen möchte, ist die Säule Graz als Stadt der Menschenrechte. Der Gemeinderat der Stadt Graz hat sich dazu bekannt, sich das Banner der Menschenrechte auf die Stadtfahne zu heften. Wenn die Menschenrechtsstadt Graz mehr sein soll als ein guter Beginn des diesbezüglichen Prozesses und der glückliche geopolitische Zufall, dass es in unserer Stadt keine beziehungsweise kaum Menschenrechtsverletzungen gibt, dann wird es erforderlich sein in diesem Bereich weitere Schwerpunkte zu setzen beziehungsweise die Arbeit voranzutreiben. Im Bereich der Menschenrechtsfragen kooperiert die Stadt Graz seit Jahren erfolgreich mit zahlreichen Einrichtungen, aber insbesondere mit dem European Training- and Research Centre for Human Rights an Democracy, das heißt dem ETC Graz. Neben einer Vertiefung dieser Zusammenarbeit, die ich anstreben würde, ist als nächster Schritt beispielsweise auch die Einrichtung eines Menschenrechtsbeirates in Planung, wie er für Menschenrechtsstädte vorgesehen ist. Es ist ein Gebot der Stunde und mir ein wichtiges Anliegen, dass wir nicht aus einem falsch verstandenen Traditionalismus heraus Forderungen oder Strukturen fortschreiben und einfach von einem Jahr ins nächste und von einem Budget ins nächstfolgende übernehmen, sondern darum bemüht sind, die rückläufigen öffentlichen Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie aus Sicht der Gemeindeinteressen Sinn machen und wo sie maximale Wirkung und Nachhaltigkeit erzielen. Ein sehr hoher Prozentsatz der Arbeit des Friedensbüros hat sich in der Vergangenheit innerhalb der aufgezeigten drei Säulen bewegt. Sollte das Friedensbüro in seiner derzeitigen Ausformung parallel zu dem Drei-Säulen-Modell weitergeführt werden, hätten wir dann, würde ich sagen, noch einmal mehr Kosten. Jetzt gilt es, sehr behutsam mit diesem Thema umzugehen, bin auch nicht glücklich drüber gewesen, wie das in der Öffentlichkeit jetzt dargestellt worden ist, und wir werden ja heute auch noch einen dringlichen Antrag in diese Richtung haben, zu dem wir dann auch noch separat kommen werden. Ich glaube, es gilt jetzt mit sehr viel Fingerspitzengefühl ein paar Punkte zu sichern. Das eine ist, wir haben beim Büro für Frieden und Entwicklung ein demokratisches Gremium eingerichtet, bestehend aus allen

Fraktionen und ich lege großen Wert darauf, dass ein solches Gremium auch bei der eventuellen Neuschaffung des Drei-Säulen-Modells hier absolut ein Mitspracherecht hat. Ich werde, kann ich Ihnen heute schon garantieren, das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, wie man aber auch mit den Strukturschwächen, die es innerhalb des Friedensbüros gibt, sage ich einmal, sorgsam umgehen kann und hier wird es Gespräche geben, ich bin selbst ein bisschen überrascht gewesen, dass die Diskussion in den Medien losgegangen ist; vorgesehen war, dass wir am 5. Oktober den Termin mit dem derzeit nicht in Graz anwesenden Vorsitzenden haben werden, wo wir das auch besprechen werden, mit Herrn Dr. Kumpfmüller hat es schon Gespräche gegeben und meine Absicht war, nach dem Gespräch mit dem Vorsitzenden am 7. Oktober dann auch alle Fraktionen hier wieder einzuladen, um mitzugestalten. Wichtig ist, wir wollen nichts abschaffen, aber wir wollen die Strukturen neu ordnen und ich darf jetzt schon um gute Zusammenarbeit bitten, ich glaube, wir können alle Wünsche, die es in diese Richtung gibt, letztendlich befriedigen, allerdings sollte man jetzt behutsam mit der Situation umgehen und mir hat es selber Leid getan, dass das über die Öffentlichkeit plötzlich wieder ausgetragen worden ist. War von mir nicht beabsichtigt (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, was die Strukturschwächen im Friedensbüro, was die letzten Jahre betroffen hat, und dazu möchte ich mich da eigentlich nicht äußern, weil ich denke, das Friedensbüro ist doch ein Verein, ein unabhängiger Verein und das sind Debatten, die man auch dort führen sollte, natürlich mit Ihnen gemeinsam. Sie stehen dem vor, das ist keine Frage. Ich denke, dass es da auch Lösungen gibt und ich glaube, dass es aber auch unbestritten ist, dass die MitarbeiterInnen im Büro, die Kolleginnen, da eine gute Arbeit geleistet haben. Dass es zu einer Veränderung, und ich kann das schon sagen, weil ich das Friedensbüro seit Anbeginn kenne, auch meine Fraktion sehr dafür eingetreten ist, dass es diese kommunale Institution gibt und wir alle hier im Hause eigentlich sehr stolz auf diese Einrichtung waren, kann ich schon beobachten, dass dieser ursprüngliche Auftrag nicht mehr vielleicht so wahrgenommen wurde und der Schwerpunkt die Integration in den letzten Jahren war, die sich mit dem Drei-Säulen-Modell, das Sie jetzt hier angeführt haben, sich decken würde, aber, und da hinkt es

für mich jetzt bei diesem Drei-Säulen-Modell, in diesem Drei-Säulen-Modell kommt das Thema Frieden nicht mehr vor und genau das ist aber der Grund gewesen und das waren die Ziele vom Anbeginn an des Friedensbüros. Und zwar ich zitiere: a) Friedensarbeit an Schulen, Gefahr über atomare Hochrüstung, Förderung des Neutralitätsgesetzes, nur um ein paar Beispiele zu nennen. Und ich fürchte, und auch meine Fraktion, dass sich in dem künftigen Konstrukt sich diese Zielsetzungen nicht mehr wiederfinden werden, das ist unser Wunsch und meine Frage ist, warum man, wenn man sagt, dass man diesem Thema auch künftighin Rechnung tragen will, warum man es auch nicht so benennt und auch personell mit Personen besetzen möchte, die auch klar nach diesem Auftrag auch künftighin handeln werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist richtig darüber nachzudenken, ich habe diese Skizzierung der drei Säulen so benannt, es ist richtig darüber nachzudenken, wie man das Wort Frieden hier durchaus berechtigterweise einfügen kann. In deinem Antrag hat es eine Geschichte gegeben, die Integration zahlreicher Menschen als Leistung des Friedensbüros, das hast du besonders hervorgehoben, das ist eigentlich nicht so die Aufgabe des Friedensbüros, weil dazu haben wir Caritas, Zebra, Cafe Nail, Isop und, und, und ebenfalls, die dazu wesentlich dazu beitragen. Ich glaube, dass das Projekt, das Dr. Kumpfmüller gemacht hat, nämlich zu versuchen, über den Menschenrechtsweg ein friedliches Miteinander zu schaffen, es kommt ja in allen Bereichen vor auch der Dialog der Religionen in Graz ist ein Riesen-Friedensprojekt, also wie wir das alles dann noch benamsen, wird dieser Prozess ergeben. Ich wollte nur aufzeigen, das sind die drei Hauptteile, um die es geht und diese Friedensüberlegungen des Dr. Kumpfmüller und seines Teams sind einzuarbeiten. Aber noch einmal, ich bin ja auch angehalten, im heurigen Jahr wieder 30 % der Subventionen, die in meinem Verfügungsbereich sind, zu kürzen und es fällt mir halt sehr, sehr schwer, wenn ich alles bestehen lasse, so wie ich es jetzt habe und einfach um 30 % kürze, kommt es, glaube ich, auch zu keiner neuen guten Regelung und deswegen denke ich mir, führen wir das eine oder andere zusammen, gehen wir behutsam damit um. Wie es dort den Mitarbeitern geht, ist natürlich schlimm, wenn die Diskussion in der Zeitung losgeht und quasi niemand mit ihnen gesprochen hat, aber wir werden das berücksichtigen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

4) Infrastruktur für Elektroautos

GRin. **Jahn** stellt an Bgm.-Stv. Ferk folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Meine Frage dreht sich um Elektroautos, besser gesagt um die Infrastruktur für Elektroautos in Graz. Im Stadtgebiet gehen über 50 % der Kohlenwasserstoff-, Kohlendioxyd- und Stickstoffoxydemissionen sowie die Ozonbildung, die immer häufiger alarmierende Werte erreicht, auf den Autoverkehr zurück. Eine zweite Umweltbelastung, für die der Verkehr verantwortlich gemacht wird, ist der Lärm, er beeinträchtigt die Lebensqualität der StadtbewohnerInnen und stellt eine Form von Belästigung dar, die am wenigsten toleriert wird. Neben der Feinstaubbelastung steigen auch die Treibstoffpreise zunehmend und alternativen Fortbewegungsmitteln, wie den Elektroautos, wird endlich die seit Jahren ausständige Aufmerksamkeit entgegen gebracht. Zum wiederholten Male aktuell sind momentan in der Diskussion die „Tankstellen“ für Elektroautos, auch in der Stadt Graz, deren Errichtung seitens des Umweltamtes begrüßt wird, jedoch gleichzeitig durch einige rechtliche Unklarheiten offensichtlich nicht weiter voranschreiten kann. Während Elektrotankstellen in anderen Ländern, also vor allem in der Schweiz und in Frankreich schon gang und gäbe sind und auch in Österreich, in Wien und in Niederösterreich vorhanden sind, wo auch teilweise die Fahrzeuge der städtischen Fuhrparks auf Elektroautos umgestellt worden sind, gibt es in Graz bis dato noch keine Lösungsvariante vorzuweisen. In Wien beispielsweise gibt es Tanksäulen, die neben dafür reservierten Parkplätzen aufgestellt werden und es funktioniert mit einem Wertkartensystem, also wo man sich eine Wertkarte ähnlich einer Telefonwertkarte kauft, die auf 30,- Euro aufgeladen ist und bei der man zirka für einen Ladevorgang, mit dem man zirka zwei, drei Wochen weit kommt, 2,50 Euro bezahlen muss. Also es ist auch ein hochfinanzieller Anreiz für Menschen, auf Elektroautos umzusteigen. Angesichts dieser Tatsachen stellt ich daher an Sie die

F r a g e :

Geben Sie sich damit zufrieden, dass Graz nach wie vor keine Parkplätze mit Steckdosen für Elektroautos anbieten kann oder was haben Sie versucht, um rechtliche beziehungsweise behördliche Hindernisse für diesen Zweck aus dem Weg zu räumen?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Klare Antwort ist nein, aber ich sage natürlich etwas dazu, keine Sorge, weil das Thema ist so wichtig. Ich unterstützte natürlich grundsätzlich gerne alle Aktivitäten, die zu einer Reduktion der Feinstaubbelastung und zur Luftreinhaltung einen Beitrag leisten. Ich muss auch etwas ausholen, das Grazer Umweltamt hat in den 90-er-Jahren einen größeren Feldversuch mit Elektroautos gestartet und auch durchgeführt. Damals haben wir in etwa zwei Millionen Schilling Kosten dafür aufgebracht, aber als problematisch hat sich gerade die Ladetechnik damals erwiesen und während dieses Versuchs stellte sich heraus, dass Elektroautos für den herkömmlichen Einsatz im Straßenverkehr nicht das geforderte Leistungsspektrum erfüllen können. Und aus diesen Gründen musste in den 90er Jahren dieses Projekt abgebrochen werden. Die unausgereifte Ladetechnik ist neben der geringen privaten Nachfrage Grund dafür, warum der Anteil der Elektroautos für den Privatverkehr im Grazer Stadtgebiet gering ist. In letzter Zeit hat sich aber folgendes Einsatzgebiet als äußerst zweckdienlich erwiesen und wir haben beim steirischen Städtetag unter anderem auch, wird wahrscheinlich bekannt sein, weil wir ja auch auf der Grazer Messe immer vertreten sind, den Anbieter der Firma Carello gehabt, der nicht nur für Behindertenfahrzeuge die Produktion übernommen hat und die Herstellung, sondern natürlich auch Fahrzeuge für den Stadtverkehr. Und die Weiterentwicklung des Zustellverkehrs mit Elektroautos empfinde ich für das gesamte Stadtgebiet als sehr unterstützenswert. Und ich bin natürlich selbstverständlich gerne bereit, die Entwicklung in diese Richtung voranzutreiben und dabei sämtliche betroffenen Stellen, es ist ja nicht nur das Umweltamt allein in der Stadt, insbesondere die Verkehrsplanung, zu einer aktiven Mitarbeit einzuladen. Sollte sich in weiterer Zukunft ein Bedarf an Parkplätzen mit Steckdosen für Elektroautos ergeben, wird es aus meiner Sicht sicherlich kein Problem sein,

eventuelle behördliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Sie haben ja auch schon Beispiele tatsächlich auch, das ist ja mir auch bekannt von Wien, gesagt. Sämtliche Initiativen, meine Damen und Herren, die zu einer Erhöhung des diesbezüglichen Bewusstseins beitragen, werde ich vor allem in Zusammenarbeit mit meinem eigenen Amt, mit dem Umweltamt, jederzeit forcieren. Und es ist mir auch ein Anliegen, weil das auch Stand der Technik ist, die zur Zeit in den Vereinigten Staaten voranschreitende Technologie der Hybridautos auch den Grazerinnen und Grazern ins Bewusstsein zu bringen und ich weiß nur zu gut, dass es auch ein Forschungsprojekt von AVL-List gibt diesbezüglich und ich denke, wir werden uns gerade diese Forschungsergebnisse auch zunutze machen.

GRin. **Jahn:** Ich möchte nur kurz inhaltlich ergänzen, weil Sie von technischen Entwicklungsstandards gesprochen haben, was die Auflademöglichkeiten von Elektroautos betrifft. Es gibt jetzt schon Elektroautos von Citroen, VW, die für den herkömmlichen Straßenverkehr sehr gut geeignet sind und die innerhalb von zwei/drei Stunden völlig aufgeladen werden können und mit denen kommt man, das ist ausreichend für den Stadtverkehr und es ist halt immer eine Frage von Angebot und Nachfrage. Es gibt etliche Elektroautos in der Stadt und wenn man so etwas fördern muss, muss man den Leuten auch die Möglichkeit geben, in der Stadt tanken zu können, auch mit Parkplatz in Kombination. Meine Zusatzfrage, es gibt ja auch einen Verein in Graz, der versucht eben die Elektroautos zu bewerben und da kam unter anderem auch die Idee und der Vorschlag, man könnte ja für ElektroautobenutzerInnen als zusätzlichen Anreiz für eine gewisse Zeitspanne, bis Elektroautos weiter verbreitet sind, die Parkgebühren aufheben als zusätzlicher Anreiz, damit eben Menschen mit den Elektroautos in der Stadt gratis parken können. Ist das als Anreiz für die Nutzung von alternativer Mobilität ein Vorschlag, mit dem Sie was anfangen könnten und für den Sie sich auch einsetzen würden?

Bgm.-Stv. **Ferk:** Ich kann absolut mit diesem Vorschlag etwas anfangen, wir haben ja auch bei anderen Überlegungen schon daran gedacht, möglicherweise vor allem

benzinbetriebene Autos, die wenig Treibstoff verbrauchen auch als bevorzugte Autos im Stadtverkehr anzusehen. Ein weiterer Punkt sind die Elektroautos und wir werden natürlich durchaus, sage ich auch, den Blick zu Hybridautos haben, das wird Graz allein nicht schaffen, ich denke, da sind wir auf einem guten Weg, also ich werde sehr gerne auch mit dem Umweltamt gemeinsam Ihr Anliegen, unser Anliegen im Sinne der Umwelt auch prüfen.

5) Öffentlicher Verkehr – Mobilitätsmanagement – Neu

GR. **Schmalhardt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Stadtrat Gerhard Rüschi! In der Grazer Tagespresse wurde die Errichtung einer so genannten Mobilitäts-Management-Gesellschaft propagiert mittels, ich glaube, einer Pressekonferenz von dir. Nachdem wir der Meinung sind, dass die Stadt und die verantwortlichen Politiker ein hohes Maß an Verantwortung tragen für den Grazer öffentlichen Verkehr in Graz, sollte man mit solchen Ankündigungen mit geringem Inhalt sehr vorsichtig sein. Es geht hier wirklich um die Probleme aller Grazerinnen und Grazer, wie der öffentliche Verkehr in Zukunft vernünftig, rasch und gut abgewickelt wird. Mit einer Gründung einer eigenen Gesellschaft wieder, wo wir eh schon so viele haben, wird es ja nicht lösbar sein. Ich glaube, wir haben in beiden Bereichen, wo Verkehrsplanung und Abwicklung angesiedelt ist, das ist bei dir in deinem Amt, lieber Gerhard, neu organisiert, der Verkehrsbereich und bei den Grazer Stadtwerken eine hohe Kompetenz an Mitarbeitern. Für mich ist es jetzt sehr gefährlich, wenn wir einfach hergehen und sagen, wir ziehen diese Kompetenzen in eine neue Gesellschaft unter ein neues Dach, unter Umständen sogar zur GPG, damit diese leere Gesellschaft endlich eine Tätigkeit bekommt, also das scheint mir sehr gefährlich zu sein. Ich glaube, da ist ein hohes Maß an Verantwortung am Platz und wir sollten mit solchen Meldungen in der Presse, bevor sie in den Gremien besprochen worden sind, sehr vorsichtig sein.

Ich richte an dich, lieber Gerhard, daher die

F r a g e :

Wieweit sind diese Ankündigungen gediehen, wie ist der Stand der Dinge und ob du trotz heftiger Kritik an dieser Idee in der Öffentlichkeit und auch von politischer Seite weiterhin festhältst? (*Applaus KPÖ*).

Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gemeinderat Schmalhardt! Es eint uns zunächst einmal die Feststellung, dass wir uns alle sehr um die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs bemühen. Und ich bin überzeugt, dass dazu nicht nur Lippenbekenntnisse erforderlich sind, sondern wir müssen, glaube ich, zur Absicherung des Ausbaus und der Attraktivierung uns auch neue und innovative Ansätze einfallen lassen und zwar sowohl bei der Steuerung als auch bei der Finanzierung. Richtig ist weiter, dass am 19. August ein Pressetermin stattgefunden hat vom Herrn Bürgermeister und von mir, bei dem wir einen Vorschlag gemacht haben zu einer neuen, und wie wir glauben, sehr zukunftsweisenden Strukturidee, und zwar geht es um die Bündelung von Mobilitätskompetenzen, wie sie übrigens auch vor einigen Monaten von Spitzenvertretern der Grazer Stadtwerke an uns herangetragen wurden. Um was geht es, es geht darum, dass Parken und öffentlicher Verkehr hinsichtlich der Planung, der Umsetzung und auch der Finanzierung in einer Hand zusammengefasst werden. Es geht dabei auch um die Einrichtung eines Finanzierungskreislaufes, der neben dem öffentlichen Verkehr auch die Parkraumbewirtschaftung umfasst, also die Verschränkung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) vom öffentlichen Verkehr und Parken sowohl in planerisch, operativer als auch in finanzieller Hinsicht, das ist der innovative Kern des Konzeptes und des Vorschlages. Eine solche Mobilitätsmanagementeinheit soll künftighin das ÖV-Angebot planen und finanzieren ebenso wie etwa im Bereich der Parkraumplanung bezüglich Park-&-Rideprojekte. Also beides ÖV und Parken optimal aufeinander abstimmen, wir denken, dass damit eine Attraktivitätssteigerung leichter möglich ist, wir glauben auch, dass man damit ein sehr, sehr attraktives

Stellplatzangebot in Kombination mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr sichern kann. Wir denken auch, dass man in diesem Zusammenhang die Finanzierung der Grazer Verkehrsbetriebe langfristig sichern kann, weil es über mittel- bis langfristige Auftragsvergaben gehen soll, ich denke mir auch, dass man damit das Angebot des öffentlichen Verkehrs aus der tagesbudgetpolitischen Diskussion heraushalten kann. Es ist ja schließlich nicht lustig, etwa an einer Tangentiallinie zu wohnen und jeden Herbst in der Zeitung lesen zu müssen, möglicherweise wird diese Linie aus Budgetgründen eingestellt. Also es geht um die langfristige Finanzierung. Diese Mobilitätsmanagementeinheit soll, um das erledigen zu können, mit sämtlichen Einnahmen, ich betone, mit sämtlichen Einnahmen des Verkehrsbereiches, also Ticketverkauf, Tarifbestellungen des Verkehrsverbundes, Parkeinnahmen auch sämtliche Aufwendungen der GVB finanzieren und auch im Parken. Das heißt, es soll in Richtung Auftraggeber-/Auftragnehmerverhältnis gehen, übrigens auch so, wie es in allen Nahverkehrsreformen vorgesehen ist. Mit einem stimme ich nicht überein, mit deiner Einschätzung der Reaktion, es hat auf diesen Vorschlag sehr, sehr viel Zustimmung gegeben, durchaus auch Kritik, aber auch Zustimmung und ich stimme auch mit einer Kritik, die von Seiten der KPÖ gebracht wurde, nicht überein, nämlich, dass das eine Abgabe von Verantwortung sei. Das Gegenteil, lieber Sepp, das Gegenteil ist der Fall, denn es sollen über dieses Mobilitätsmanagement die Angebotsgrundlagen, und das ist eine höchst politische Aufgabe, die Angebotsgrundlagen der Stadt bestimmt und finanziert werden. Voraussetzung für diese Neuorganisation ist allerdings, dass die inhaltliche und die Finanzierungskompetenz, also für Parken und für den öffentlichen Verkehr, nicht wie derzeit zwischen Finanzreferenten und Verkehrsreferenten gesplittet ist, sondern in einer Hand vereinigt ist. Dazu möchte ich nur noch sagen, dass im Rahmen der laufenden Budgetgespräche auch diese Fragestellung ein Thema ist und wir selbstverständlich dann, wenn es zu weiteren Ergebnissen kommt, berichten werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt:** Ich will mich da in Kompetenzabgrenzungen oder Kompetenzstreitigkeiten nicht einmischen. Meine Zusatzfrage ist ganz schlicht und einfach. Wir haben jetzt ein Finanzvolumen in diesem Bereich von etwa 80 Millionen

Euro. Angebot und Nachfrage ist ein Begriff auf dem Markt, aber ohne Geld kann ich auch das Angebot nicht erhöhen. Meine Zusatzfrage, wo sollen bei dieser finanziellen Gebarung mehr Mittel herkommen, lieber Gerhard?

Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal geht es nicht einfach um Kompetenzstreitigkeiten, sondern es geht um Diskussionen, die wir führen mit durchaus unterschiedlichen Auffassungen. Das Entscheidende an dieser Geschichte ist, dass die Grazer Verkehrsbetriebe erstmals mittelfristig über fünf Jahre einen Auftrag bekommen, der ganz exakt definiert ist und der es den Grazer Verkehrsbetrieben durchaus auch ermöglicht, leichter ermöglicht als derzeit mit dieser langen Perspektive, über Rationalisierung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) durchaus auch zu Kosteneinsparungen zu kommen. Ich meine das nicht einfach auf das Personal bezogen, sondern durchaus auch auf die Effizienz der Linien, auf die Effizienz von Werkstätten und dergleichen. Ich denke mir, um das in einer geordneten Form lukrieren zu können, ist eine mittelfristige Finanzierung möglich. Die ist derzeit über das Budget nicht möglich, wir haben ja über das Budget ausschließlich zirka sieben bis acht Millionen Euro an die Grazer Stadtwerke und die GVB zu vergeben, wenn da was eingespart werden soll, dann sind das sofort etwa Angebotsreduzierungen auf den Tangentiallinien. Wenn wir die gesamte Finanzierung, die 80 Millionen, die du genannt hast, in einen Topf zusammenfassen, dann macht ein einzusparender Betrag letztlich einen viel geringeren Anteil aus und ich denke mir, dass man das lukrieren kann und auch lukrieren sollte. Es erfordert allerdings, ich darf das wiederholen, einfach einen innovativen Schritt in dieser Hinsicht, der übrigens, wenn ich das noch sagen darf, von der Stadt Innsbruck, von sehr vielen deutschen Städten auch gegangen ist. Das was hier bei unserem Vorschlag tatsächlich neu und innovativ ist, das ist das Zusammenführen von Parken und öffentlichem Verkehr.

6) Ersatzpflanzung von Bäumen

GR. Mag. **Candussi** stellt an StRin. Monogioudis folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Wilfriede! Wie dir vielleicht nicht entgangen ist, haben wir im Frühsommer seitens der Grünen beziehungsweise habe ich seitens der Grünen eine Aktion ins Leben gerufen, um ausständige Nachpflanzungen in Grazer Parkanlagen finanziell etwas einfacher zu machen, nachdem mir immer wieder aufgefallen ist, dass gefälltte Bäume lange Zeit nicht nachgepflanzt wurden und das einiges fehlt in diversen Parks in Graz. Und ich habe mir vorgestellt, nachdem die ersten Baumspenden eingegangen sind, wollten wir den Spendern die Möglichkeit geben, auch im Sinne eines Aufrufes an andere Leute sich da zu beteiligen, Bäume der Stadt symbolisch zu übergeben, symbolisch einzupflanzen. Mir war klar, es ist jetzt nicht die Pflanzzeit, Frühsommer ist nicht die Zeit, in denen man Bäume nachpflanzt, und wir wollten das auch in Kooperation mit deinem Büro machen oder mit dir machen und ich kann nur sagen, dein Büro war nicht wirklich kooperativ und was mich einfach wirklich erstaunt hat, war die Auskunft, die wir gekriegt haben und zwar nicht nur ich, sondern auch Mitarbeiterinnen in meinem Büro, dass keine Nachpflanzungen ausständig wären. Das konnte ich einfach nicht glauben und der Grund für diese Frage ist die, ich wollte wissen, ob man sich in deinem Büro jetzt kundig gemacht hat und über den tatsächlichen Stand an fälligen Nachpflanzungen Bescheid weiß und deshalb stelle ich die

Frage:

Wie viele von den Wirtschaftsbetrieben durchzuführende Ersatzpflanzungen gefällter Bäume sind nach der Grazer Baumschutzverordnung zum heutigen Zeitpunkt noch ausständig?

StRin. **Monogioudis**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Hermann! Wie dir wahrscheinlich bekannt ist, gibt es in Graz in Parkanlagen, öffentlichen Grünanlagen, Straßen etc. rund 20.000 Bäume, die von uns gepflegt werden. Ich nehme an, die

Frage nach der Baumspendekooperation wird wahrscheinlich keine Zusatzfrage sein, weil die Frage lautet ja, wie der aktuelle Stand ist der Ersatzpflanzungen. Und da darf ich einmal diese Frage beantworten. Von der Abteilung für Grünraum und Gewässer wurde den Wirtschaftsbetrieben Ende August dieses Jahres eine detaillierte Liste mit 382 Ersatzpflanzungen laut Baumkataster der Stadt Graz übermittelt. Diese Zahl muss aber näher erläutert werden und das werde ich jetzt machen, im Übrigen kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendjemand aus meinem Büro gesagt hat, es gäbe überhaupt keine offenen Ersatzpflanzungen, weil das natürlich gar nicht möglich ist, weil ja Bäume gefällt werden und wir immer nur im Frühjahr und im Herbst pflanzen. 114 dieser Ersatzpflanzungen sind auf Grund von Neu- oder Umplanungen derzeit nicht durchzuführen, also das heißt, die müssen wir jetzt einmal von dieser Anzahl wegziehen. Darunter fallen auch die 74 Ersatzpflanzungen im Augarten, der aktuell vom 10/5 umgeplant wird und das waren, wenn ich mich richtig erinnere, auch die Ersatzpflanzungen, die damals im Frühsommer urgiert wurden und wo es dann ja auch ein Foto in einer Gratiszeitung gab. Weitere 23 Standorte befinden sich entlang des Grieskais, wo auf Grund der Feuerbrandverordnung die betreffenden Weiß- und Rotdornbäume nicht nachgepflanzt werden dürfen, hier wird seitens des A 10/5 versucht, eine Änderung zu erwirken, um eine Nachpflanzung zu ermöglichen. Bei weiteren 34 Standorten ist die Kontrolle der Fläche durch das A 10/5 noch ausständig und soll, ich zitiere, eine Ersatzpflanzung derzeit unberücksichtigt bleiben, also die müssen wir davon abziehen jetzt. Von den restlichen 234 offenen Ersatzpflanzungen ist bei 38 Standorten noch zu klären, wer die Nachpflanzung durchzuführen hat, es handelt sich hier unter anderem um Standorte auf Liegenschaften, die mittlerweile nicht mehr im Besitz der Stadt sind oder von Privaten angemietet wurden, also das heißt, das muss abgewartet werden und das muss noch geklärt werden, wer hier dann zuständig ist. Wir haben mit Stand August des Jahres tatsächliche offene Ersatzpflanzungen von 196 Stück, die im Herbst 05 und im Frühjahr 06 durchgeführt werden. Die Wirtschaftsbetriebe haben seit 2002 rund 600 Bäume nachgepflanzt, das sind 200 Bäume pro Jahr. Wie man sieht, wenn man die tatsächlich offenen Ersatzpflanzungen betrachtet, ist der Rückstand geringer als eine Jahresleistung und macht zirka ein Prozent unseres Baumbestandes aus. Durch das immer höher werdende Durchschnittsalter der Bäume in Graz und den dadurch erforderlichen Austausch dieser Bäume steigt aber natürlich die Anzahl der jährlich erforderlichen Ersatzpflanzungen jetzt kontinuierlich an. Seitens der

Wirtschaftsbetriebe wurde auch versucht, auf diese Mehrerfordernisse mit teilweiser Vergabe von Ersatzpflanzungen an Private zu reagieren. Aber nach Auskunft meiner Mitarbeiter hat man damit keine guten Erfahrungen gemacht und ist das keine befriedigende Lösung. Um den Mehraufwand, bedingt durch die ständig steigende Anzahl zu pflegender, auszutauschender beziehungsweise nachzusetzender Bäume zu bewältigen, ist es unbedingt notwendig und das sollte, glaube ich, wirklich jeder wissen, dass der Geschäftsbereich Grünraum einen zweiten Baumpflegetrupps einsetzen kann. Die Wirtschaftsbetriebe bemühen sich zur Zeit intensiv, dafür das erforderliche Personal zu bekommen. Das ist jetzt die Beantwortung der schriftlich übermittelten Anfrage und das andere nehme ich an, wird die Zusatzfrage sein (*Applaus KPÖ*).

Mag. **Candussi**: Vielen Dank für die detaillierte Antwort, die, wie du dir denken kannst, uns ja auch ähnlich vorgelegen ist und deshalb, aber ich denke mir, es ist gut, wenn alle einmal hören können, dass es rund 200 Bäume gibt, die nachgepflanzt werden sollten und dass der Bedarf steigen wird. Du hast auch richtig getippt, was die Zusatzfrage anlangt, sprich bist du bereit, kooperativ mitzutun, wenn es darum geht, Spenden entgegenzunehmen und ich mag dazu nur erläutern, wir stellen uns das nicht vor, dass der Maier, der jetzt sagt, ich hätte gerne da und dort einen Baum, den Spaten auspackt und im Stadtpark dann einen Baum einsetzt, so einen ähnlichen Vorschlag hat der Finanzstadtrat einmal gemacht, der gesagt hat, die Grazerinnen und Grazer sollen die Grünanlagen selber bepflanzen. Ich setze da sehr wohl auf das Fachwissen und auf die Kenntnis des ehemals Stadtgartenamtes jetzt der Grünraumabteilung, und mir geht es darum, dass die Leute den Geldwert eines schönen großen Baumes spenden können und diesen Baum dann vom Stadtgartenamt beziehungsweise von den Wirtschaftsbetrieben gepflanzt bekommen und dass es irgendwo einen Hinweis gibt, welche Bäume im Stadtpark oder im Augarten jetzt von wem gespendet wurden. Ich denke, es ist prinzipiell natürlich Aufgabe der öffentlichen Hand, aber trotzdem die Frage, ob du nicht bereit bist, diese Aktion aktiv zu unterstützen.

StRin. **Monogioudis**: Lieber Hermann, so wie diese Aktion geplant war, in dieser Form, denke ich nicht, dass ich das unterstützen möchte. Es gibt für jeden die Möglichkeit, der der Stadt gegenüber eine Schenkung machen möchte, das zu tun, das kann man zweckwidmen lassen, es gibt auch die Möglichkeit, Bäume zu spenden, es gibt immer wieder Ansuchen um Baumspenden von Vereinen, von Schulen, von Heimgartenanlagen, die an die Stadt kommen, wo um einen Baum oder um eine bestimmte Anzahl von Bäumen ersucht wird, also wenn man Bäume spenden will, hat man die Möglichkeit, Bäume zu spenden. Es ist dir wahrscheinlich bei meiner Anfragebeantwortung aufgefallen, dass das Problem der personelle Engpass ist, es geht nicht darum, dass die Stadt keine Bäume mehr kaufen kann und ich finde es ganz ehrlich gesagt auch von einem Gemeinderat, von einem langjährigen Gemeinderat, wenn ich das sagen darf, nicht unbedingt verantwortungsvoll, wenn er sagt, man soll Bäume spenden, weil die Stadt wird sonst diese Bäume nicht nachpflanzen können, weil damit könnte man auch eine gewisse Beunruhigung, Irritation hervorrufen, gerade jetzt in dieser sensiblen Situation, wo im Stadtpark das Austauschen der Bäume auf dem Programm steht und wird wenn dann jemand glaubt, die Stadt hat womöglich nicht mehr das Geld, dass sie die nachpflanzt und ich muss jetzt einen Baum spenden, also ich weiß nicht, ob das das richtige Signal ist. Also in dieser Form kann ich mir das eigentlich nicht vorstellen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es für die Wirtschaftsbetriebe praktikabel ist, man muss sich vorstellen, wie viel die zu tun haben, wenn sie jetzt jeden Baum mit dem Spender, mit dem Fotografen irgendwo im Park, an der Straße irgendwo pflanzen sollen. Also in dieser Form stelle ich mir das nicht vor (*Applaus KPÖ*).

7) Wohnbereichspark Schererstraße

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Am 14. März dieses Jahres fand im Raiffeisenhof in Wetzelsdorf eine Bürgerversammlung zum Thema „Wohnbereichspark Schererstraße“ statt, an der unter anderen auch Sie

teilgenommen haben. Viele Bewohner hatten dort ihre Empörung, dass es keinen Spielplatz im Bereich der Schererstraße gibt, Ausdruck verliehen, nachdem schon jahrelang auf diesen Park dort gewartet wird.

Dort wurde auch gemeinsam mit Frau Dipl.-Ing. Monsberger über die Gestaltung des Parks gesprochen. Was jedoch den Leuten wichtiger war, was das Versprechen, dass der Park mit Ende dieses Jahres seiner Bestimmung übergeben werde.

Bis heute sind jedoch vor Ort keine Anzeichen zu sehen, dass etwas geschieht für die Bevölkerung. Weder am „Wasserrückhaltebecken“ noch im Eingangsbereich der Schererstraße sind irgendwelche Bausmaßnahmen zu erkennen.

Diese Tatsache lässt bei vielen Bewohnern wieder die Befürchtung aufkommen, dass die Planungen für den Wohnbereichspark Schererstraße nicht abgeschlossen sind und es wieder zeitliche Verzögerungen geben wird.

Deshalb meine

F r a g e

an Sie Herr Stadtrat:

Bis wann beginnen die Bauarbeiten und bis wann kann die Bevölkerung mit der endgültigen Übergabe des Parks rechnen (*Applaus KPÖ*)?

Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin Bergmann, die Planungen für den Wohnbereichspark in der Schererstraße sind abgeschlossen, die Ausschreibungen, auch die Bestbieterermittlung ist bereits erfolgt und nächste Woche im Vergabeausschuss. Das heißt, dass die Bauarbeiten Mitte Oktober beginnen können. Begonnen wird mit dem Hochwasserrückhaltebecken, es ist ja, wie Sie wissen, ein gemeinsames Projekt zwischen Tiefbau und Landschaftsbau, das dort vom Anfang an stattfindend wird, also die Ausformung des Hochwasserrückhaltebeckens in paralleler Funktion zu einem Wohnpark. Die Fertigstellung des gesamten Wohnbereichsparkes ist für das Frühjahr 2006 laut Bauzeitplan und, so wie wir hoffen, gutem Projektmanagement vorgesehen und wir

denken, dass dieser Zeitplan auch eingehalten werden kann. Es können also alle Kinder ab dem Frühling im nächsten Jahr in diesem Spielplatz, können dort spielen und haben dort eine neue Spielfläche und Sie werden es vielleicht gesehen haben an dem fertigen Projekt, es werden vor allem auch für die Kinder und Jugendbeteiligung sehr spannende Erlebniswelten dort aufgebaut. Also ich hoffe, wie gesagt, dass Mitte Oktober mit dem Plan begonnen wird und dass im Frühjahr 2006 alles abgeschlossen sein wird.

GRin. **Bergmann:** Ich wollte noch was dazu anmerken. Nachdem Sie mir jetzt erklärt haben, dass das nächste Woche im Vergabeausschuss ist, erübrigt sich hier meine Zusatzfrage, weil bis heute haben wir noch nichts gewusst. Ich möchte nur sagen, es freut mich, dass dieses Projekt jetzt wirklich ernsthaft in Angriff genommen wird und ich hätte einen Vorschlag, dass man auch in diesem Bereich jetzt vielleicht doch eine Tafel aufstellt, dass die Stadt hier aktiv wird, denn so wie es momentan dort aussieht, lässt es einfach diese Befürchtungen bei der Bevölkerung zu, die ja schon jahrelang eigentlich dort vertröstet wurde. Danke (*Applaus KPÖ*).